



■ »Gemeinsam gegen Bildungsabbau« nicht nur in Düsseldorf Heiße Monate in NRW

Seit Herbst 2005 erscheint *betonzeit* als »studentische Zeitung für Bochum«, um die versteinerten Verhältnisse an der Ruhr-Uni zum Tanzen zu bringen. Dass die unabhängige Fachschaftszeitung aus Bochum dieses Mal ausnahmsweise als Zeitung für ganz NRW erscheint, hat einen besonderen Grund: Von der Ruhr-Uni aus hat sich ein breites landesweites Bündnis gebildet, das in Düsseldorf gegen Bildungsabbau, Studiengebühren und das sogenannte »Hochschulfreiheitsgesetz« demonstriert.

Seitdem die NRW-Hochschulen versuchen, das Mitte März von der Landesregierung verabschiedete Studiengebührengesetz umzusetzen, befinden sich die NRW-Unis im Ausnahmezustand. Schwarz-Gelb hat den einzelnen Hochschulen die Entscheidung überlassen, ob sie Gebühren von bis zu 1000 Euro pro Jahr einführen oder nicht. Was vor Ort besonders für Empörung sorgt: Viele Hochschulleitungen – auch solche, die sich bis-

her gegen Gebühren ausgesprochen haben – wollen zeitnah von der Möglichkeit Gebrauch machen und streben gleich die maximale Summe an. Weil eine solche Entscheidung nicht nur den Ausverkauf der Bildungspolitik darstellen würde, sondern auch ganz konkret die Bildungsbiographien von Zehntausenden zerstört, leisten die Studierenden NRW-weit kreativen, lauten und entschlossenen Protest (siehe Seite 3).

ALLES WIRD ANDERS. Zwei Dinge sind dieses Mal anders als bei vorangegangenen Protesten: Zum einen hat der Widerstand eine reale Aussicht auf Erfolg. Die FH Düsseldorf, die Kunstakademie Düsseldorf und die FernUni Hagen haben schon beschlossen, dass sie zumindest in näherer Zukunft das Studium gebührenfrei halten wollen. Die Entscheidungen der Senate vieler großer Unis stehen noch aus. Schließen sich weitere Hochschulen an, dann könnte sich ein breites Bündnis gegen die Gebühren bilden, das auf die NRW-Landesregierung Druck ausübt, um ein

Ende der Zersparpolitik im Hochschulbereich und ein ausreichend öffentlich finanziertes Bildungssystem in NRW zu erkämpfen.

GEMEINSAM STARK. Zum anderen stehen die Studierenden dieses Mal nicht alleine da. Der gleichzeitige Streik der Landesbeschäftigten hat sowohl für Studis als auch für viele Angestellte, ArbeiterInnen und BeamtenInnen klar gemacht: Bildungsabbau und Sozial- bzw. Tarifabbau sind nur zwei Seiten derselben Medaille. Was alles möglich ist, wenn sich Gewerkschaften, die Vertretungen der Beschäftigten und die Studierenden zusammentun, das ist schon seit Wochen an der Ruhr-Uni zu beobachten. Auch die Demo in Düsseldorf hat einen anderen Stellenwert als bisherige Manifestationen. Studierende, Lehrende und Beschäftigte machen zusammen klar: Studiengebühren sind unsozial, und das geplante »Hochschulfreiheitsgesetz«, das den Weg zur weiteren Privatisierung von Bildung ebnet, darf niemals verabschiedet werden. Think global, act global *and* local!

DIE THEMEN

BUNDESWEIT:

Massenproteste gegen Studiengebühren in Hessen

BOCHUM:

Die entscheidende Senatssitzung steht unmittelbar bevor

NRW:

Ein Überblick über die landesweiten Anti-Gebühren-Kämpfe

ARBEITSKAMPF:

Auch die Beschäftigten sind auf der Straße

RÄTSEL:

Ein neues *Sudoku*

TERMINE:

Hier ist der Protest!

IMPRESSUM

betonzeit - Studentische Zeitung für NRW aus Bochum

HERAUSGEBERIN: Die FachschaftsvertreterInnenkonferenz der Ruhr-Uni Bochum

REDAKTION DIESER AUSGABE: Rolf van Raden (ViSDP, Anschrift siehe unten), Devi Dumbadze, Hanna Höfer, Jochen Kreusch. *betonzeit* erscheint wöchentlich an der RUB und wird ehrenamtlich produziert.

BILDNACHWEIS: photocase.de (S. 1)

AUFLAGE: 2.000

KONTAKT: betonzeit, c/o FR Sowi, Universitätsstr. 150, 44780 Bochum

MAIL: redaktion@betonzeit.de

WWW.BETONZEIT.DE

■ Gebührenspirale ■ Proteste gegen Gebühren breiten sich bundesweit aus

4800 €/Jahr Kein ruhiges Hessenland!

500 Euro sind nur der Anfang, das machen die Pläne in Hessen besonders deutlich. Die Landesregierung plant, die Gebühren im Bachelor-Studium auf 500 Euro pro Semester festzusetzen. Studierende im Master-Studiengang und im Zweitstudium sollen 1500 Euro pro Semester zahlen. AusländerInnen von außerhalb der EU müssten die 1500 Euro sogar schon ab dem ersten Semester im Bachelor-Studium blechen. So genannte »Langzeitstudierende« sollen mit Gebühren von 500 bis 900 Euro zusätzlich (!) zur Kasse gebeten werden. So fallen bis zu 4800 Euro Gebühren pro Jahr an – weitere Erhöhungen sind natürlich nicht ausgeschlossen. Auch im Promotionsstudium sind Gebühren von bis zu 1500 Euro vorgesehen.

Nicht nur in NRW geht es rund an den Unis. Vor zehn Tagen hat das hessische Landeskabinett bekannt gegeben, dass die Landesregierung Gebühren von bis zu 4800 Euro pro Jahr einführen will. Seitdem wird fast täglich der Verkehr in der Frankfurter Innenstadt durch Demonstrationen von tausenden Studierenden lahmgelegt, in Marburg blockieren 5000 Studierende die Stadtautobahn, und Bildungsminister Udo Corts sagt öffentliche Termine ab – mutmaßlich aus Angst vor weiteren Protesten.

In Marburg hat die Polizei Presseberichten zufolge sogar schon Tränengas gegen protestierende Studierende eingesetzt, die eine Brücke der Stadtautobahn stürmen wollten. Ein »Udo-Corts-Fanclub« ruft dazu auf, dass alle öffentlichen Termine des Bildungsministers von massivem studentischen Protest begleitet werden. Noch nicht abgesagt sind Veranstaltungen bei der Jungen Union in Frankfurt (23.05.) und bei der Burschenschaft Frisia in Darmstadt (24.05.). Dass der Bildungsminister bei einer rechten Schlagenden



Studentenverbindung auftritt, anstatt auf die Massenproteste mit einer Rücknahme der Gebührenpläne zu reagieren, wird als weiterer Affront aufgefasst.

Rückhalt für die studentischen Proteste gibt es von offizieller Seite: Der Senat der Fachhochschule Wiesbaden, der Präsident der TU Darmstadt sowie der Senat der Uni Gießen lehnen Studiengebühren ab. Die Studierenden machen deutlich, dass so lange protestiert wird, bis die Gebührenpläne zurückgezogen werden.

Dass es in Hessen schon jetzt um Gebühren von bis zu 4800 Euro pro Jahr geht, hat sicherlich zu der Radikalisierung beigetragen. Gleichwohl ist klar: Auch in NRW würde es nicht bei 500 Euro bleiben – wenn die Gebühren nicht jetzt verhindert werden.

■ Bochumer Senatssitzung wird öffentlich fortgesetzt – Alle hinkommen!

»Gebührensatzung verhindern«

Wie an vielen NRW-Unis (siehe S. 4) steht an der Ruhr-Uni Bochum die Gebühren-Richtungsentscheidung unmittelbar bevor. Am 27. April hatten über 2500 Studierende und Beschäftigte vor der Uni-Verwaltung gefordert, dass die öffentliche Senatssitzung in einen großen Raum verlegt wird. Als das abgelehnt wurde, stürmten mehrere hundert Studierende den Sitzungsraum, den Rektor Gerhard Wagner nach nur fünf Stunden durch die Polizei räumen ließ. Jetzt steht Dank des öffentlichen Drucks fest: Die Senatssitzung wird am kommenden Montag um 14 Uhr im Audimax öffentlich fortgesetzt.

Sowohl Studierende als auch Beschäftigte mobilisieren zur Teilnahme an der Sitzung. Das Motto: »Gebührensatzung verhindern!« Der Protest gegen die allgemeinen Gebühren ist viel größer, lebendiger und standhafter als zunächst erwartet. Die gravierenden Einschnit-

te im Hochschulbereich, die Steigerung der Privatfinanzierung, die zugleich den Rückzug öffentlicher Mittel bedeutet – all das stößt auf Gegenwehr nicht nur bei den Studierenden. Nicht-wissenschaftliche Angestellte fürchten Tariffucht und Stellenstreichungen. Die prekären Arbeitsverhältnisse der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen drohen sich noch weiter zu verschlechtern. An den Mitgliedern des Senats liegt es nun, das Blatt zu wenden, indem sie ein Zeichen setzen und gegen die Ausarbeitung einer Gebührensatzung stimmen.

PLAN DARF NICHT AUFGEHEN. »Würde der Senat dem Vorschlag des Rektorats zustimmen und eine Arbeitsgruppe mit dem Entwurf einer Gebührensatzung beauftragen, dann würde die Universität der politischen Erpressung aus Düsseldorf nachgeben. Sie würde freiwillig die Verantwortung für die unsoziale Politik annehmen, die die Landesregierung auf die Hochschulen abwälzen will«, sagt Martin Ströhmeier vom AstA der RUB. »Niemand an

unserer Uni kann ernsthaft wollen, dass dieser perfide Plan von CDU und FDP aufgeht«, so Ströhmeier weiter.

ES GEHT AUCH ANDERS. Als Alternative denken einige Senatsmitglieder über eine paritätisch besetzte Arbeitsgruppe nach, in der ein gemeinsamer Standpunkt zur angestrebten Hochschulfinanzierung in NRW erarbeitet werden soll. Eine solche AG könnte auch aktiv um BündnispartnerInnen an anderen Hochschulen werben. So würde eine Perspektive für alle Unis geschaffen, die sich gleichfalls gegen die Erpressung der NRW-Landesregierung wehren und Nein zur unsozialen Einführung von Gebühren sagen.

Inzwischen ist deutlich geworden, dass die große Mehrheit der Bochumer Senatsmitglieder die Gebühren aus bildungs- und sozialpolitischen Gründen ablehnen. An ihnen liegt es jetzt, den nächsten Schritt zu tun, anstatt sich wider besseren Wissens zu den Erfüllungsgehilfen der NRW-Landesregierung zu machen.

■ Summer of resistance in ganz Nordrhein-Westfalen

Kein ruhiges Hinterland!

Demonstrationen, Besetzungen, lautstarker Widerstand: In ganz NRW beteiligen sich viele tausend Studierende an den Protesten gegen Gebühren. betonzeit gibt einen Überblick.

SIEGEN: IMMER NOCH BESETZT. In Siegen besetzen Studierende seit Donnerstag das Verwaltungsgebäude der Uni. Rektor Ralf Schnell hatte sich in der Vergangenheit gegen Studiengebühren ausgesprochen, will sich aber jetzt nicht mehr auf eine Anti-Gebühren-Position festlegen. Erste Erfolge: Die entscheidende Senatssitzung am kommenden Donnerstag wurde ins Audimax verlegt. Zu Redaktionsschluss dauert die Besetzung noch an.

DUISBURG-ESSEN: POLIZEIGEWALT. An der Uni Duisburg-Essen haben am Donnerstag etwa 300 Studierende das Rektorat besetzt. Sie forderten die Uni-Leitung auf, sich gegen Gebühren auszusprechen und allen Uni-Angehörigen eine Teilnahme an der Demo in Düsseldorf zu ermöglichen. Der Kanzler erklärt umgehend, dass ihn keine Forderungen interessieren und lässt das Rektorat gewaltsam durch mehrere Hundertschaften der Polizei räumen. Es gibt 47 Anzeigen wegen Hausfriedensbruch, zwei Studierende werden

festgenommen. Der Rektor selbst ist zu keinem Zeitpunkt vor Ort. Nach der Räumung findet vor dem Rektorat ein Konzert statt. Trotz Repressionen soll der Protest entschlossen weiter gehen.

KÖLN: ZEHN TAGE UNSER. Schon am 27. April hatten über 100 Studierende der Uni Köln nach einer Vollversammlung das Rektorat besetzt. Bei der Senatssitzung am 4. Mai kommt es zum Eklat: Rektor Axel Freimuth schließt sich im Sitzungssaal ein und friedlich demonstrierende Studierende sowie alle Senatsmitglieder aus. Zehn Tage lang bleibt das Rektorat in den Händen der Studierenden und dient als Anti-Gebühren-Zentrale. Sonntag Abend wird es überraschend von mehreren Polizei-Hundertschaften geräumt. Am vergangenen Donnerstag haben Studierende vor der CDU-Parteizentrale demonstriert und die Kölner FDP-Zentrale besetzt. Die FDP spricht in einer Erklärung von »Chaoten« und »professionellen Querulanten, die tagsüber an der Uni demonstrieren und nachts im Barmer Block Unterschlupf finden«.

PADERBORN: NOCH EINMAL, SAM. Schon Ende Februar hatten Studierende der Uni Paderborn das Rektorat besetzt. Nach zwölf Tagen lösen sie die Besetzung auf, da das

Rektorat



zusichert, dass die entscheidende Senatssitzung öffentlich stattfindet. Zehn Wochen später will Rektor Nikolaus Risch von der Absprache nichts mehr wissen und lädt zu einer Sondersitzung am frühen Morgen ein. Die Konsequenz: Am vergangenen Donnerstag wurde das Rektorat erneut besetzt.

DORTMUND: AUF DIE STRASSE. Am 3. Mai votiert eine Vollversammlung der Uni Dortmund mit überwältigender Mehrheit gegen Studiengebühren. Im Anschluss bildet sich eine Spontandemo, Studierende blockieren die Bundesstraße 1. Die Polizei löst die Blockade auf und nimmt zwei Studierende fest. Eine Arbeitsgemeinschaft gegen Studiengebühren wird gegründet, die weitere Proteste plant.

BONN: KARTENSPIELE. An der Uni Bonn konnten rund 500 Studierende erfolgreich eine Senatssitzung zu Studiengebühren stören. Am vergangenen Freitag sind studentische GebührengegnerInnen in das Rektorat eingedrungen und haben die Uni-Leitung zur Rede gestellt. Symbolisch überreichten sie einen »schwarzen Peter«. Ihre Hoffnung ist, dass die Uni-Leitung ihn nicht an die Studierenden weiterreicht, sondern zurück an die Landesregierung schickt. Das Bündnis »Freie Bildung Bonn« organisiert weitere Aktionen.

MÜNSTER: ZWEI MAL POWER. Unter dem Motto »Eintritt frei!« nehmen an der Uni Münster über 2.000 StudentInnen an der Vollversammlung und der öffentlichen Senatssitzung teil. In der Sitzung erzwingen sie die Thematisierung der schlechten Studienbedingungen. Zur nächsten Sitzung am 17. Mai ist wieder eine große Infoveranstaltung mit anschließendem Senatsbesuch geplant. An der Fachhochschule Münster, an der nur rund 700 StudentInnen eingeschrieben sind, kam es ebenfalls zu Protesten. Rund 300 Studierende zogen im Anschluss an die Vollversammlung am 12. April auf einer Spontandemo durch die Stadt.

BIELEFELD: FESTE GRÖSSE. Die landesweit erste Rektoratsbesetzung, die an der Uni Bielefeld über einen ganzen Monat lang andauerte, hatte in NRW den Auftakt für die Proteste gegen Studiengebühren markiert. Jetzt gibt es in Ostwestfalen einen Teilerfolg: Nachdem Rektor Dieter Timmermann beim Thema Studiengebühren zunächst vorgeschrien war und schnellstmöglich Gebühren erheben wollte, ist es derzeit unwahrscheinlich, dass die Uni schon zum Wintersemester 2006/2007 Studiengebühren einführt. Bei einer Urabstimmung haben sich 94 Prozent klar gegen die Gebühren ausgesprochen. Weitere Proteste sind geplant.



■ Ver.di-Streik in der entscheidenden Phase

Gemeinsam stärker!

Für den heutigen Dienstag ruft die Gewerkschaft ver.di alle Landesbeschäftigten der NRW-Hochschulen zum Streik auf. Zwei Tage vor der Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen in Berlin soll so der Druck auf die Landesarbeitgeber erhöht werden. Insgesamt dauert der Arbeitskampf im öffentlichen Dienst jetzt schon fast drei Monate – und ist damit der längste Streik in der Geschichte der Bundesrepublik. Obwohl darunter auch die Hochschulen maßgeblich leiden, wird die Gewerkschaft von den Studierendenvertretungen unterstützt.

Die Gewerkschaft kämpft für den Erhalt der 38,5 Stundenwoche und die Übertragung des »Tarifvertrags Öffentlicher Dienst« des Bundes auf die Länder. Erst-

mals seit längerer Zeit ist Arbeitgeber-Verhandlungsführer Hartmut Möllring wieder zu Verhandlungen bereit. Das ist als Erfolg der Streik-Bewegung zu bewerten, hatte doch der Chef der »Tarifgemeinschaft deutscher Länder« in der Vergangenheit betont, er wolle dem Druck nicht nachgeben. Am kräfteraubenden Arbeitskampf scheint ver.di nicht zu zerbrechen, sondern kann an vielen Standorten überdurchschnittlich viele Neueintritte verzeichnen. Die Dienstleistungsgewerkschaft steht auch nicht alleine da: Am vergangenen Samstag hat der DGB eine Protestkundgebung an der Deutzer Werft mit mehreren tausend TeilnehmerInnen durchgeführt, an der auch privatwirtschaftlich Beschäftigte teilgenommen haben. »Wenn es über die persönlichen Arbeitsverträge eine Erhöhung der

Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden ohne Bezahlung gibt, wird die Forderung, in Industrieunternehmen die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich anzuheben, noch schärfer«, heißt es im Aufruf. »Deshalb sitzen wir alle in einem Boot. Deshalb müssen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ob aus der privaten Wirtschaft oder aus dem öffentlichen Dienst, für die Erhaltung der Flächentarifverträge und gegen eine Anhebung der Arbeitszeit kämpfen«.

BORN TO BE WILD IN BOCHUM. An der Bochumer Ruhr-Uni geht der ver.di-Streik in die sechste Woche. Neben der Solidarität der Studierenden, die zusammen mit den Gewerkschaften gegen Studiengebühren kämpfen, gibt es fast täglich weitere Solidaritätserklärungen. Seit dem 2. Mai haben sich auch die Beschäftigten der Bochumer Gerichte und der Staatsanwaltschaft dem Streik angeschlossen. Insgesamt befinden sich in NRW nach Gewerkschaftsangaben über tausend MitarbeiterInnen in den Landesbehörden aktiv im Ausstand. Am Montag (nach Redaktionsschluss) zeigen Beschäftigte aus den anderen Streikorten ihre Solidarität mit einer Demonstration und einem Motorrad-Korso durch die Bochumer Innenstadt.

»Wir sind solidarisch mit den ver.di-Streikenden, die für einen gerechten Tarifvertrag und gegen Arbeitszeitverlängerung kämpfen. Die Landesregierung will mittelfristig über 10.000 Stellen im öffentlichen Dienst streichen – auch an den Unis«, sagt Lukas Gödde vom ASTa der Ruhr-Uni Bochum. »Stellenabbau an den Hochschulen geht auch zu Lasten der Studierenden, genauso wie die Beschäftigten und ihre Kinder von Studiengebühren betroffen sind.«

■ **MITTWOCH, 17.5.**
Münster, 15.30 Uhr: **Info-Versammlung gegen Studiengebühren**, ab 16.00 Uhr Senatssitzung, PC7.
Bochum, 16.00 Uhr: **Open-Air-Konzert** gegen Studiengebühren, bis spät abends, Wiesen vor den Gebäuden der Ruhr-Uni.

■ **DONNERSTAG, 18.5.**
Siegen, 10.00 Uhr: **Senatssitzung** der Uni Siegen, Audimax.
Bochum, 14.00 Uhr: **Podiumsdiskussion** der Geisteswissenschaften zum Thema Studiengebühren, Ruhr-Uni, HGB 10.
Köln, 15.30 Uhr: **Ratssitzung** u.a. zum Polizeieinsatz gegen die Studierenden, Ratssaal gegenüber dem Kölner Rathaus.

■ **FREITAG, 19.5.**
Bielefeld, 18.00 Uhr: **Argumentieren gegen Studiengebühren**, Wochenendseminar des Aktionsbündnis gegen Studiengebühren, Anmeldung und mehr Infos bei abs@studis.de.

■ **MONTAG, 22.5.**
Bochum, 14.00 Uhr: Fortsetzung der öffentlichen **Senatssitzung** zum Thema Studiengebühren, Audimax der Ruhr-Uni.

■ **MITTWOCH, 24.5.**
Paderborn, 08.00 Uhr: **Sondersitzung des Senats** zum Thema Studiengebühren, Raum bisher unklar, Uni Paderborn.
Köln, 15.00 Uhr: **Senatssitzung** im Neuen Senatssaal im Uni-Hauptgebäude, Uni Köln.

■ **MITTWOCH, 31.5.**
Bonn, 14.00 Uhr: Anti-Gebühren-Demonstration **Dies AcaDEMOcus**, Treffpunkt Hofgarten.

■ **DONNERSTAG, 1.6.**
Bonn, 09.00 Uhr: Öffentliche **Senatssitzung**, Uni-Bonn.

■ **MEHR TERMINE :**
www.protestkomitee.de
www.abs-nrw.de/termine
protest-gegen-studiengebuehren.de

RÄTSEL@BETONZEIT

			9					
6				2		4		3
7		4			6	1		
5	7	8	2					6
		6				5		
1					8	2	3	7
		2	7			8		1
8		1		3				4
					9			

AUF DIE STRASSE, IN DEN SENAT! Und dazwischen noch schnell das Sudoku lösen, das hält fit, um nicht unter die Räder zu kommen. In jeder Spalte und in jeder Zeile dürfen die Zahlen von 1 bis 9 nur einmal vorkommen. Das Gleiche gilt für jedes der neun Unterquadrate. Die Auflösung gibt's bald wieder unter www.betonzeit.de.